Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 66 (1986)
Heft: 10

Artikel: Ein deutscher Fetisch : der Friedensvertrag
Autor: Bondy, François
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-164352

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 16.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

François Bondy

Ein deutscher Fetisch: Der Friedensvertrag

Wer nach Münster kommt, wird nicht versäumen, den «Friedenssaal» im Rathaus zu betreten. Die Schnitzereien, auch ein aus der Schweiz stammendes Kruzifix, waren rechtzeitig ausgelagert worden und hatten daher die Bomben überstanden. Auch die Gemälde sind erhalten. Würdige, bärtige Delegierte schauen von den Wänden auf den Besucher, vielmehr er auf sie. Ein Bild hält den prunkvollen Einzug der niederländischen Abordnung fest. Diese Delegation konnte zufrieden zurückkehren, denn hier wurde die Unabhängigkeit der Niederlande, wie übrigens auch der Schweiz, 1648 im Westfälischen Frieden verbrieft.

Durch die Legitimierung vieler souveräner Fürstenstaaten wurde die wechselseitige Duldung der Konfessionen, wenngleich nicht innerhalb der einzelnen Gemeinwesen, so in ihrer Koexistenz gesichert und Grundlage einer recht haltbaren Friedensordnung. Doch war, wie Michael Stürmer es dargestellt hat, auch Preussens Weg zu einem Machtstaat von grosser Durchschlagskraft die Antwort auf das dreissigjährige Chaos, auf die deutsche Ohnmacht. Nicht zufällig wurden die Dichter des Barocks in unserer Zeit, während des letzten Krieges und seither wieder gelesen und bewundert.

Das Reich, heilig, römisch und deutscher Nation, wurde dann zu jenem Gedankenstaat, als das es Hegel bezeichnete[1], eine Fiktion neben den real existierenden Einzelabsolutismen, bis Franz II., nunmehr nur noch Kaiser von Österreich, es auflöste und niemand daran Anstoss nahm, dass er formell gar nicht dazu befugt war.

Das von Bismarck aus dem Norddeutschen Bund entwickelte Reich bedeutete nicht Spaltung — Wien konnte keinesfalls mehr Reichshauptstadt werden, wovon Bismarcks Widersacher Constantin Frantz noch geträumt hat. Heute sehen es manche Historiker so, als sei Preussens Ende schon in jenem Anfang programmiert gewesen. Beweisen lässt sich das nicht.

Auch Bundeskanzler Adenauer galt manchen als Spalter Deutschlands und eingefleischter Separatist, als sei die Schaffung eines Staatswesens auf der Basis jener deutschen Länder, die sich in Freiheit eine Verfassung geben konnten, die Spaltung eines Reiches gewesen und habe die Einheit Restdeutschlands untergraben. So wirken jedesmal die Diskontinuitäten, die Grenzänderungen und Neuansätze in Europas unruhiger Mitte als

etwas Regelwidriges, «Unnatürliches». Können aber die Erben eines Bankrotteurs für den Zustand haftbar gemacht werden, den der Betreffende hinterliess?

Als 1938 zum ersten Mal ein deutsches Reich auch die Österreicher einbezog, die das schon 1919 gewünscht hatten, war es zugleich die Erfüllung der Träume der achtundvierziger Demokraten und das Sprungbrett für die Errichtung eines Grossreichs. Was im Zeichen der Selbstbestimmung begann und als solche auch die Zustimmung vieler Gegner des Hitlerschen Regimes fand — der Sozialdemokrat Karl Renner, später erster Präsident der Zweiten Österreichischen Republik, hat für den Anschluss gestimmt —, wandelte sich schnell zur Bestimmung über weitaus mehr Nichtdeutsche.

Es sei erlaubt, die Aufmerksamkeit auf die Silbe «selbst» zu lenken. Damit hat es oft eine besondere Bewandtnis. Was war das «Selbst» Österreich-Ungarns, was das «Selbst» der ungefragt der Tschechoslowakei zuerkannten Deutschen, Ungarn, Ruthenen? Was ist das «Selbst» der Flamen und Wallonen? Die sind in Belgien zwei Völker in einem Staat, während die Deutschen ein Volk in zwei Staaten sind.

Was ist das «Selbst» der Irländer? Die Verfassung der Republik Irland ähnelt der Verfassung der Bundesrepublik. Der Staat beansprucht grundsätzlich Autorität über die ganze Insel, während er gleichzeitig Ulster anerkennt. Anomalitäten, die manchen als spezifisch deutsch gelten, gibt es auch anderwärts. Was theoretisch eine Spannung bis zur Zerreissprobe sein könnte, ist zugleich Alltag.

Was können Historiker zu diesem Gegensatz zwischen Sollen und Sein sagen, zwischen dem legitimen Anspruch und seiner Ohnmacht? Was kann die Politik damit anfangen oder dagegen tun?

Geforderte Einheit

«Die deutsche Forderung nach Einheit scheint mir mehr als legitim, sie ist naturgemäss. Es ist selbstverständlich, dass sich ein freies Europa dieser Forderung anschliesst. Aber wenn wir den Status Europas, wie er sich aus dem Zweiten Weltkrieg ergeben hat, keineswegs als endgültig hinnehmen können, so können wir doch gegenwärtig ebensowenig daran ändern. Moralische Ablehnung des status quo auf der einen Seite, praktische Unmöglichkeit, ihn zu ändern, anderseits — dieser Zwiespalt charakterisiert sowohl die gegenwärtige Situation Deutschlands wie die europäische Gesamtsituation. Ich behaupte nicht, dass die Teilung Deutschlands endgültig sei, ich bin im Gegenteil überzeugt, dass die deutsche Einheit einmal zustande kommen wird, obwohl ich nicht weiss, wann und wie. Ich sage nur, dass die Wieder-

vereinigung Deutschlands wahrscheinlich nicht in der gegenwärtigen Phase erfolgen wird. Die Auswirkungen des Zweiten Weltkriegs haben eine Krise heraufbeschworen, deren Symbol die Spaltung des ehemaligen Deutschen Reiches ist. Sie dürfte sehr lange dauern, vielleicht Jahrzehnte. Als Deutsche können Sie natürlich an nichts anderes denken als an die Teilung Ihres Landes. Die grundlegende Tatsache ist jedoch nicht die Teilung Deutschlands, sondern die Teilung Europas. Die Frage müsste, richtig formuliert, lauten: Kann man der Spaltung Deutschlands ein Ende bereiten ohne die Spaltung Europas zu beseitigen? Meine Antwort ist: leider spricht die Wahrscheinlichkeit nicht dafür.»

So sprach Raymond Aron, der zu den frühesten Brückenbauern zwischen Franzosen und Deutschen nach 1945 gehört, am 30. Juni 1952 zu Studenten der Universität Frankfurt, also vor mehr als einem Dritteljahrhundert.

Wieviele Pläne wurden in dieser langen Zeit erwogen, wie oft wurde rückblickend der Vorwurf der Phantasielosigkeit, des Verpassens günstiger Gelegenheiten, des Vergessens und Verkennens der Mittlerrolle Deutschlands erhoben, wie oft auch das tragische Schicksal des östlichen Deutschland mit den grausam vertriebenen Millionen, den ungezählten Opfern, den Annexionen deutscher Gebiete den Siegern — auch den westlichen — vorgehalten, als sei die Niederlage 1945 und nicht die Machtergreifung 1933 des kriegs- und eroberungswilligen Adolf Hitler an diesen Katastrophen schuld.

Wie kam es zur Teilung?

Es besteht kein Zusammenhang zwischen den westlichen Plänen der Auflösung des Deutschen Reiches in eine lockere Konföderation von Ländern, mit Gebietsabtretungen — französischer Anspruch auf die Saar, Internationalisierung des Ruhrgebietes — und der dann real vollzogenen Teilung. Stalin jagte zugleich zwei Hasen, wollte zwei verschiedene und, wie es sich dann zeigte, unvereinbare Ziele gleichzeitig erreichen; erstens die *Eingliederung* der sowjetischen Besatzungszone in seinen Machtbereich mit Errichtung des Einparteienstaates nach sowjetischem Muster, beherrscht von einer dem Grossreich gehorchenden Kommunistischen Partei; zweitens: *Mitsprache* in der entstehenden westlichen Bizone, dann Trizone. Das bedeutete: Kein Einvernehmen, keine Information über die Demontagen und Konfiskationen in der sowjetischen Besatzungszone, zugleich aber Zugriff auf die Wirtschaft der anderen Zonen.

Die USA hatten sehr schnell Morgenthaus irreale Vorstellung eines Deutschland als Agrar- und Weideland überwunden. Es ging erstaunlich

reibungslos auf ein wirtschaftlich lebensfähiges, politisch demokratisches Westdeutschland zu. Frankreich schloss sich zögernd, aber schliesslich doch dieser Entwicklung an. Stalin hat das eine Ziel — die Einordnung des östlichen Teiles Deutschlands (nur in der Bundesrepublik «Mitteldeutschland» genannt) — in den Ostblock verwirklicht. Die Mitherrschaft über Westdeutschland hat er eben deswegen verfehlt.

Der Weg zu einer Bundesrepublik als starkem und stabilem Partner Westeuropas und Nordamerikas wurde von Stalin nicht nur nicht behindert, sondern unfreiwillig erleichtert. Konrad Adenauer zweifelte nie, dass es für ein demokratisches Restdeutschland keine Zukunft gab ohne feste Verbindung mit dem Westen, die von der Okkupation zur Partnerschaft führen würde. Der bedeutende sozialdemokratische Politiker Kurt Schumacher hat diese Zielrichtung verkannt, als er Adenauer «Kanzler der Alliierten» nannte. Das spätere Engagement der Sozialdemokraten für den Atlantikpakt, für die europäische Einheit entsprach der Einsicht, dass ein trotzig und einsam gesuchter «nationaler Weg» in eine Sackgasse geführt hätte. Kurt Schumacher selber hat, indem er der Verschmelzung von Sozialdemokraten und Kommunisten zu einer Partei widerstand, auf seine Art ebenfalls zur westlichen Option beigetragen.

Westberlin schloss sich der westdeutschen Währungsreform an und zog eine Teilung der Hauptstadt der Einheit mit einer von den Sowjets kontrollierten Notenbank vor, die die neue Währung jederzeit ruinieren konnte. Berlins Regierender Bürgermeister Ernst Reuter hat damals bewiesen — und die Wähler gaben ihm recht —, dass die Entscheidung zwischen Einheit und Freiheit nicht zu umgehen war — weder Kapitulation noch Irrweg. Zu tun, als ob man irgendwie beides zugleich haben könnte: die Einheit und die Freiheit, war nur Wunschtraum. Karl Jaspers hat das am deutlichsten ausgesprochen und sich damit manchen Tadel — insbesondere von Sozialdemokraten — zugezogen, der nachträglich auch jenen Tadlern nicht mehr verständlich sein dürfte.

Das Überstehen der beiden akuten Bedrohungen Berlins — Stalins Blockade, Chruschtschews Ultimatum — gehörte zu den Voraussetzungen eines neuen deutschen Selbstbewusstseins. Doch noch heute gilt für Berlin das Viermächteabkommen, es wird als Schutz, nicht als Bevormundung, empfunden. Der DDR selber ist diese Verklammerung nicht unlieb. Dass den Sowjets an dieser Klammer liegt, beweist ihre unerbittliche Weigerung, den ältesten Gefangenen der Welt, Rudolf Hess, zu begnadigen. Wenn die Freilassung des Neunzigjährigen gefordert wird, möge nicht vergessen werden, dass sie, hinge es von den Westmächten ab, längst erfolgt wäre.

Zur These, wonach die Teilung nicht von «den Siegern» gewollt wurde, schrieb Richard Löwenthal, Sozialdemokrat und engagierter Kenner: *«Die deutsche Teilung ist nicht die Frucht des Willens der siegreich wieder-*

erstandenen Opfer Hitlerdeutschlands, kein einheitliches Reich mehr zuzulassen, sie ist das Ergebnis der Verwandlung Kontinentaleuropas in ein Machtvakuum durch Hitlers Krieg und Hitlers Niederlage und der daraus resultierenden Zerreissung des machtlosen Europa einschliesslich Deutschlands in zwei Machtblöcke unter der Führung der Übermächte USA und UdSSR, die Randmächte Europas sind. In diesem Sinn ist sie nicht die direkte, wohl aber die indirekte Folge des Unheils, das das Dritte Reich über Europa gebracht hat[1]. («Europa und die deutsche Teilung», 1970.)

Im weiteren kontrastiert Löwenthal die weithin im Ausland bestehende Gelassenheit hinsichtlich der Teilung Deutschlands mit dem gleichzeitigen Unbehagen über die Teilung Europas und stellt fest: «Es zeichnet sich bisher keine erkennbare Chance ab für die Überwindung der beiden historisch so eng verbundenen Teilungen.»

Zweifache Teilung

In der späteren deutschen Diskussion — das war nach der Erklärung des Kriegszustandes in Polen durch General Jaruselski besonders deutlich — wird der Zusammenhang zwischen den beiden Teilungen oft verkannt oder verdrängt. Die eine, die deutsche Teilung — liest man — widerspreche dem völkerrechtlichen Prinzip der Selbstbestimmung, die andere Teilung hingegen sei hinzunehmen. Wenn sich im Ostblock Massen und Intellektuelle für Freiheiten, Reformen oder Unabhängigkeit einsetzen, und mindestens den Übergang vom «real existierenden Sozialismus» zu einem «Sozialismus mit menschlichem Gesicht» erstreben, so hört man von Deutschen — ich sage «hört», denn noch mehr gilt das für Gespräche als für veröffentlichte Meinungen — den Vorwurf, diese Unruhigen seien zu weit gegangen, hätten «überzogen», hätten die Weltmacht, zu deren Vorfeld sie gehören, unnötig herausgefordert, ermangelten des Augenmasses, bedrohten die Stabilität des Ostblocks und damit ein Gleichgewicht, welches eine unabdingbare Voraussetzung des Friedens sowie der diplomatischen Eigenständigkeit der osteuropäischen Regierungen sei. Die würden durch Unruhen, die den Schutz oder die Intervention des Grossen Bruders unentbehrlich machen, behindert. Bewegungen des Volkes, Beweglichkeit der Regierungen seien unvereinbar. Das eine — die Gärung — schade der deutsch-deutschen Annäherung, das andere — die Ruhe — nütze ihr.

Für den Riss durch Europa werden historische Gründe aufgeboten. Zum Beispiel: Sind nicht Konflikte innerhalb eines nicht mehr streng disziplinierten Osteuropas, etwa zwischen Ungarn und Rumänien, zu fürchten? Man liest auch, dass die sowjetische Expansion der zaristischen Politik entspreche, es gehe eigentlich um die Wiedergewinnung der vom Zarenreich

verlorenen Gebiete. Ein Argument, das für Ostpreussen oder die Bukowina kaum gelten kann. Dass der Riss durch Europa mitten durch ein Volk, das deutsche, geht, kompromittiert die historische Deutung. Haben etwa die Ostberliner andere Traditionen als die Westberliner? Sollen wir ernstlich annehmen, dass der Riss durch Deutschland «gegen die Natur der Dinge» sei und der gleiche Riss durch Europa dieser Natur entspreche?

Der «Sonderfall»

Ideologische Zweckargumente stehen im Dienst der diskutierenswerten, realpolitischen Erwägungen, wonach ein Zusammenrücken der beiden deutschen Staaten nur dann Chancen hat, wenn der sowjetische Besitz- oder Kontrollstand nicht erschüttert, sondern im Gegenteil anerkannt und ausdrücklich gebilligt wird. Es geht jedoch stets um den Glauben an die mögliche Ablösung eines «Sonderfalls Deutschland» vom europäischen Kontext. Realpolitik oder Wunschdenken?

In einem Punkt ist der realpolitische Standpunkt vertretbar: in der Notwendigkeit der Anerkennung von Polens Westgrenze ohne Vorbehalt einer möglichen anderen Entscheidung des nach einem Friedensvertrag wieder vereinten Deutschland, der man aus völkerrechtlichen Gründen nicht vorgreifen dürfe. Dieser Vorbehalt mag irreal erscheinen — wer glaubt an eine Viermächte-Einigung über die Wiederherstellung eines Reiches, gebildet aus der Verschmelzung zweier eminent wichtiger Verbündeter der antagonistischen Weltmächte? — doch wird er ununterbrochen betont. Dazu sei an eine Überlegung von Fritz René Allemann erinnert, dessen Buchtitel «Bonn ist nicht Weimar» seit dreissig Jahren täglich in irgend einem Zusammenhang genannt wird — ein Buch, das der Bundesrepublik eine günstigere Prognose stellte, als sie damals 1956 irgendein deutscher Autor wagte — und die bisher von den Ereignissen nicht Lügen gestraft wurde.

Die Deutschen sollten sich dazu aufraffen können, das Unwiderbringliche abzuschreiben, um nicht auch Rechtsansprüche, die realisierbar scheinen, zu gefährden durch ein Beharren auf jenen Ansprüchen, die keine erkennbare Chance haben. Sie würden die Polen von einem Druck befreien, der sie viel mehr an die Seite der Sowjets zwingt, als die gegenwärtige Machtkonstellation das tut.» («Der Monat», 1961)

Auf Kriege, von denen manche als Überfälle ohne Kriegserklärung begonnen wurden, folgte ein Frieden ohne Friedensvertrag. Das Problem eines solchen eingeforderten Vertrages ist, dass er voraussetzt, was er herbeiführen soll: die Überwindung der deutschen Teilung. Falls er ein Ziel ist, so ist er jedenfalls kein Weg. Ist er eine aussichtsreiche Forderung oder nicht eher ein ideologischer Restbestand, ein Fetisch, ein Traum? In Mün-

ster wurde 1648 ein Krieg beendet und nicht eine aus seiner Beendung entstandene Lage vierzig Jahre danach revidiert.

Wie steht's mit der angeblich vertanen Chance des sowjetischen Angebots zur Überwindung der Teilung? Es geht da vor allem, aber nicht ausschliesslich, um das Jahr 1952. Diese Diskussion wird vermutlich nie abgeschlossen werden, weil sich Erkenntnisse mit Emotionen, Ansichten mit Absichten vermischen. Die These der Skeptiker ist diese: Stalin und seine Nachfolger hätten ein dem eigenen Modell entsprechendes Regime nicht preisgegeben. Österreich, das als Gegenbeispiel genannt wird, war, auch abgesehen von der Grössenordnung, ein anderer Fall, weil sich dort noch kein Ansatz zu einer «Volksdemokratie» gebildet hatte. Finnland ist wiederum nicht vergleichbar, weil dessen Präsident, im Gegensatz zu Eduard Beneš, der Errichtung eines kommunistischen Regimes rechtzeitig Widerstand zu leisten vermochte.

Die Rückgängigmachung der etablierten Alleinherrschaft einer kommunistischen Partei durch freie Wahlen, die die bisherige 99prozentige Zustimmung als Farce entlarven würden, müsste bei den andern Regierungen des Ostblocks tiefe Unsicherheit auslösen. Ziehen doch diese Regime ihre Legitimität nicht aus der Tradition, sondern aus der Zukunftsgewissheit, Kapitalismus und bürgerliche Demokratie seien die Vergangenheit, real existierender Sozialismus sei die Zukunft.

Ein Staat wie die DDR, der schon damals ein so wichtiger Teil des Ostblocks war — heute, nach der polnischen Krise, ist er nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch der stärkste Verbündete der Sowjetunion — konnte nicht geopfert werden ohne Rücksicht auf die Demoralisierung der Nachbarstaaten, auf die Ansteckungsgefahr, auf die Kompromittierung einer Grundüberzeugung, welche ist: Eine bürgerliche Demokratie darf nicht auf einen sozialistischen Einparteienstaat folgen. Es wäre die verkehrte Welt.

In keinem der sowjetischen Vorschläge, die jeweils in letzter Minute eine Etappe der Westbindung der Bundesrepublik verhindern wollten, war von international kontrollierten freien Wahlen in ganz Deutschland die Rede. Westliche Anfragen, die sich auf diesen Punkt bezogen, blieben unbeantwortet. Freie Wahlen ohne internationale Kontrolle waren auch in Yalta beschlossen worden. Man weiss, wie es kam.

Verpasste Gelegenheiten? Im zitierten Aufsatz schrieb Richard Löwenthal über Stalins Note vom März 1952: *«Die Wirkung auf die Bevölkerung der Bundesrepublik war wesentlich geringer, als manche rückblickende Betrachter heute anzunehmen geneigt sind, und es ist fraglich, ob eine solche Wirkung der Hauptzweck der Note war. Die Wahl des Datums — dreizehnter Jahrestag der Rede, mit der Stalin 1939 erstmals öffentlich eine mögliche Verständigung mit Hitler andeutete — legt den Schluss nahe, dass Stalin die*

westliche Öffentlichkeit von der Bewaffnung der Bundesrepublik mit dem Argument abschrecken wollte, einen Wettbewerb um den deutschen Nationalismus könnte er leichter gewinnen als der Westen.»

Die Wirkung der Note war die entgegengesetzte. Schon zwei Monate später wurden die Bonner und die Pariser Verträge unterzeichnet.

Kontinuität

Ein Aspekt, um den es eine kaum mehr überblickbare historische und völkerrechtliche Diskussion gibt, ist der folgende: Besteht trotz der territorialen Beschränkung auf den Bereich der Bundesrepublik das Deutsche Reich in seiner Kontinuität weiter, oder ist die Bundesrepublik wie die DDR eine Neubildung?

Die alleinige Übernahme der Wiedergutmachung an rassisch und politisch Verfolgte, ihre Familien, den Staat Israel, hat ein Bekenntnis zur Kontinuität bedeutet, von welchem die DDR nichts wissen wollte. Das Nebeneinander von Kontinuität und Neubeginn hat in der deutschen Geschichte Präzedenzen. Historiker haben in Brüchen und Neuansätzen eine unglückliche aber spezifisch deutsche Tradition gesehen.

In französischen Geographiebüchern des siebzehnten Jahrhunderts ad usum delphini, also zur Unterrichtung des Thronfolgers, wird Deutschland als «crux geographorum» bezeichnet, in seinen Grenzen unbestimmbar. Damals war auch Besançon Teil des Deutschen Reiches. Die Umstände, unter denen verschiedene Städte und Länder das waren, unterschieden sich voneinander. Nach 1945 sprach General de Gaulle von «la chose allemande», dem «deutschen Ding», das nicht bestimmter zu definieren war.

Auch im Westen ist manches in der Schwebe geblieben, zum Beispiel die Abklärung über deutsche und Schweizer Souveränität für einen Teil des Bodensees. Nach Schweizer Auffassung verläuft die Grenze mitten im Untersee, nach deutscher Auffassung gibt es dort eine gemeinsame Souveränität über die Ufer. Mit solchen «Unklarheiten» lässt sich unter gleichgearteten Staaten leben.

Auch im Verhältnis zwischen den beiden deutschen Staaten gibt es «schummrige» Zonen, unvereinbare Auffassungen, die nicht ständig zu Krisen führen. Alle Fragen bis auf den letzten Grund zu klären, gilt oft als ein deutscher Hang zu Perfektionismus, obzwar strikter «Juridismus» stärker in der französischen Tradition verwurzelt ist. Doch manches stillschweigend auf sich beruhen zu lassen, mag zuweilen ratsam sein. Der Völkerrechtler Jochen Frowein hat zu diesem Thema 1979 im Europa-Archiv eine Studie veröffentlicht, worin er die Auffassung vertritt, dass in bezug auf die Oder-Neisse-Grenze eine Entscheidung von 1979 des Bundesver-

fassungsgerichtes missverständlich und völkerrechtlich teilweise verfehlt gewesen sei. Auch spricht er von «Teilidentität» zwischen dem Deutschen Reich und der Bundesrepublik — ein verzwickter Begriff. Ich verweise auf die Literaturangaben.

Im Vertrag mit Polen gibt es eine formelle Grenzbestimmung. Hinsichtlich des von der Sowjetunion annektierten Ostpreussen gibt es keine. Haben solche Unterschiede irgendwelche Konsequenzen?

Für Grossbritannien, um mit Frowein auf ein schon genanntes Beispiel zurückzugreifen, ist die Republik Irland nicht Ausland. So gibt es also auch ausserhalb Deutschlands Fälle zwischenstaatlicher Beziehungen, für welche die scheinbar so eindeutigen Begriffe «Inland», «Ausland» verschwimmen. Die entsprechende Unklarheit sichert der DDR das Trittbrettfahren in der Europäischen Gemeinschaft. Formell fordert zwar die DDR, für die Bundesrepublik Ausland zu sein, doch verkennt ihre Regierung nicht die Vorteile, die ihr aus dem Inschwebehalten erwachsen, auch wenn sie darauf nie Bezug nimmt.

Es gibt in der englischen Sprache auf Wissenschaften angewendet den Begriff des «fuzzy thinking», des «ungenauen» Denkens, das bestimmten Problemen angemessener sein kann als eine der Sache nicht gemässe Scheinpräzision.

Die Diskussion um die Weichenstellungen der bei manchen in Verruf gekommenen «fünfziger Jahre» sind derzeit grimmiger als seit langem. Das Geschichtsverständnis, um das gerungen wird, kann nicht frei sein von Mehrdeutigkeit und Zwiespalt. In der DDR ist das Bekenntnis neueren Datums zur Geschichte statt nur zur Revolution, die alles neu gemacht habe, mehr als eine Taktik; es findet starke Resonanz. Nach dem anfänglichen Kahlschlag wird Tradition betont. Luther, Friedrich II., den auch Erich Honecker den Grossen nennt, Bismarck sind aufgearbeitet und eingemeindet worden — nicht unkritisch, aber intensiv. Werke von Historikern der DDR über Friedrich II., über Bismarck erscheinen auch in der Bundesrepublik und werden geschätzt. Das ist offenbar mehr und anderes als Volte oder Finte. Es wurde schon gesagt, die DDR sei weniger verändert, «deutscher», auch der preussischen Tradition näher als die Bundesrepublik. Die Bedeutung und Wirkung der zahlreichen Arbeiten von Historikern der Bundesrepublik wird da vielleicht verkannt. Jedenfalls ist ein Wettbewerb in diesem Bereich weniger spannungsträchtig als ergiebig.

Keine Symmetrie

Erich Kuby, Autor vieler Bücher zur Zeitgeschichte, hat die Meinung ausgedrückt, die DDR empfände sich als etwas Definitives, Eindeutiges,

die Bundesrepublik hingegen als ein Provisorium — in der Schwebe und im Wartestand. Günter Grass — er steht damit nicht allein — wünscht, dass sich die Bundesrepublik noch deutlicher als Provisorium begreife und nicht mit «Deutschland» verwechsle.

Ist aber bei den Bürgern das Bewusstsein einer Stabilität stärker in der DDR als in der Bundesrepublik? Kubys paradoxe Formulierung mag in diesem Sinn ergänzt werden: Was vielleicht für die Staaten gilt, gilt durchaus nicht für die Menschen. Die grosse Mehrheit der Bürger der Bonner Republik empfindet ihren Staat als Normalfall und Selbstverständlichkeit; auch radikalste Kritik bleibt in diesem Rahmen. Die Mehrheit ist mit und in diesem Staat zufrieden.

Es wäre gewagt, ein gleiches für die DDR zu behaupten; das hiesse das Ost-West-Gefälle hinsichtlich von Fernsehen, Währung, Besuchen, Übersiedlungswünschen zu übersehen. Da ist keine Symmetrie. Im westlichen Deutschland lässt sich eine Vielheit von Ansichten ermitteln, in der DDR nicht. Wenn autoritativ behauptet wird, die Bürger der DDR seien mit ihrem Staat im wesentlichen einverstanden, oder umgekehrt: sie verabscheuten ihn, so handelt es sich in beiden Fällen um Wunschdenken im einen oder anderen Sinn. Skepsis ist geboten.

Auch wird gar viel mit Symmetrie operiert, die offenbar für den Geist etwas Befriedigendes hat. Zum Beispiel: Eure Besetzer, unsere Besetzer! Auch dieses Verhältnis ist offenbar asymmetrisch. Falls sich hier in Wahlen eine Mehrheit bilden würde, die die Neutralität und den Abzug der Amerikaner und anderer fremder Garnisonen forderte, so würde das auch geschehen. Ob eine solche Entscheidung klug oder unklug wäre, steht auf einem anderen Blatt. Bonn ist nicht Prag.

Im Ausland werden deutsche «Erregtheiten» oft überschätzt und wekken Befürchtungen, die wahrscheinlich grundlos sind. Eher sollte im Gegenteil das Bestehen eines Konsenses frappieren, der bisher jeweils die bundesdeutschen Grundentscheidungen getragen hat. Nunmehr besteht die Bundesrepublik dreimal länger als die Weimarer Republik, von der man als von einer «Aera» spricht, und als das noch kurzlebigere «Tausendjährige Reich», auf das Goethes Beurteilung des aufkommenden deutschen Nationalismus zutrifft, schrieb er doch an Zeltner über dieses Gefühl: *«Es zieht die Zeit zusammen und dehnt den Raum aus. Nur im Unmöglichen scheint es sich zu gefallen und das Mögliche mit Verachtung von sich zu stossen».* Auch sei an den Rat des grössten Deutschen erinnert, Geschichte zu kennen, «um das Vergangene vom Hals zu kriegen.»

Einen mit den Portraits der Unterhändler geschmückten Saal der Friedenskonferenz wie jenen im Münster wird es wohl in diesem Nachkrieg nie geben. Das ist ein Unterschied zwischen dem, was man die beiden Dreis-

sigjährigen Kriege nennen könnte. Nunmehr erleben wir in Nah- und Mittelost Kriege, die bereits länger dauern als der Zweite Weltkrieg und zugleich in Europa einen Frieden, den manche Völker als «Befriedung», andere mit Befriedigung erleben.

Zum Ausblick auf noch unerkennbare aber mögliche Wandlungen gehört auch ohne Friedensvertrag das einst klassische Mittel des Krieges aller Voraussicht nach nicht. Zur Diskussion stehen verschiedene Varianten von Friedenspolitik. Die der «Friedensbewegung» ist nur eine davon und verdient kritische Erwägung. Doch keine von ihnen, auch nicht «Abschreckung», auch nicht «Gleichgewicht» verdient vorweggenommene Ablehnung oder Dämonisierung.

[1] «Das System des Gedankenstaates ist die Organisation, welche in demjenigen, was zum Wesen des Staates gehört, keine Kraft hat (...) Sollte Deutschland ein Staat sein, so könnte man diesen Zustand der Auflösung des Staates (...) Anarchie nennen, wenn nicht die Teile sich wieder zu Staaten konstituiert hätten, denen weniger ein noch bestehendes als vielmehr die Erinnerung eines ehemaligen Bandes noch einen Schein von Vereinigung lässt.» (1801/1802)

Die folgenden Titel sind eine Auswahl aus der einschlägigen Literatur:

Rudolf Schuster: Deutschlands staatliche Existenz im Widerstreit politischer und rechtlicher Gesichtspunkte, München 1963.
Jens Hacker: Deutsche unter sich, Stuttgart 1977.
Tintenfisch 15, Thema Deutschland. Das Kind mit zwei Köpfen, Berlin 1978.
Jochen Abr. Frowein: Die deutschen Grenzen in völkerrechtlicher Sicht, Europa-Archiv, Folge 19, 1979.
Werner Weidenfeld: Die Frage nach der Einheit der deutschen Nation, München 1981.
Bergedorfer Gesprächskreis, Protokoll 74, Hamburg-Bergedorf 1983.
München 1983, Deutschland und der Westen, Hg. Henning Köhler, Berlin 1984.
Werner Weidenfeld Hg.: Die Identität der Deutschen.
Hermann Graml: Die Alliierten und die Teilung Deutschlands, Frankfurt 1985.
Wolf D. Gruner: Die deutsche Frage, München 1985.
Geteiltes Land, halbes Land, eingeleitet von Richard Löwenthal, Berlin 1986.